

Maximilian Weiß
SPD-Vorsitzender des OV Oberschleißheim



An die Mitglieder des
SPD-Unterbezirks München-Land

Oberschleißheim, den 11.04.2021

Bewerbung als Kandidat für die Bundestagswahl

Liebe Genoss*innen,

„Demokratie braucht Demokraten“ - dieses Zitat von Friedrich Ebert ist auch nach rund 100 Jahren noch von hoher Aktualität. Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor große Herausforderungen und zeigt uns in vielen Bereichen Missstände auf, an denen wir gesamtgesellschaftlich arbeiten müssen.

In den vergangenen Monaten gab es immer wieder Situationen, in denen ich eine gewisse Unzufriedenheit verspürt habe. Einige Themen kommen mir in der politischen Debatte zu kurz.

Mit meiner Bewerbung als SPD-Bundestagskandidat für den UB München-Land möchte ich diese Inhalte in den Vordergrund rücken und ihnen die Aufmerksamkeit verschaffen, die sie meiner Meinung nach verdient haben.

In der schwierigen Ausgangssituation liegt für uns eine große Chance: Die SPD München-Land kann sich inhaltlich profilieren, lösungsorientiert denken und handeln sowie ein Bild der Geschlossenheit abgeben. Denn eines ist klar - erreichen können wir ein gutes Ergebnis ausschließlich zusammen. Ein Kandidat allein steht auf verlorenem Posten. Die Ortsvereine und unsere Arbeitsgemeinschaften als Basis des Unterbezirks können gemeinsam mit dem Kandidaten sehr viel bewirken, daran glaube ich ganz fest. Wir sind ein Team aus Spezialist*innen in unterschiedlichen Altersgruppen, aus zahlreichen Berufssparten, mit vielfältigen Interessen usw. Lasst uns das nutzen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir nur im Dialog etwas erreichen können. Die Entscheidungen der Politik in Berlin und in den Ländern gehen mitunter an den Menschen vorbei. Mir ist daher der Austausch mit der Bevölkerung ein großes Anliegen. Ausschließlich auf diesem Weg können wir in Erfahrung bringen, welche Maßnahmen wirklich helfen bzw. welche Maßnahmen vielleicht nicht die erhoffte Wirkung erzielen. Was bewegt Menschen ohne Arbeit aktuell? Welche Schwierigkeiten sehen Unternehmer*innen jetzt und in der Zukunft? Welche Angebote brauchen Alleinerziehende, um Beruf und Kindererziehung besser vereinbaren zu können? Wie kann eine wertschätzende Betreuung bzw. Pflege für hilfsbedürftige Senior*innen gewährleistet werden? Lasst uns trotz der aktuellen Beschränkungen den Kontakt zu den Bürger*innen (virtuell) herstellen und für sie ein offenes Ohr haben.

In der Folge werde ich euch meine Themenschwerpunkte skizzieren und meinen Lebenslauf anhängen.

Ich bitte euch um Unterstützung für meine Bundestagskandidatur und freue mich auf den inhaltlichen Diskurs. Meine Kontaktdaten findet ihr am Ende der Bewerbung. Für einen telefonischen Austausch oder eine Videokonferenz stehe ich gerne zur Verfügung.

Euer



Maximilian Weiß

Inhaltliche Schwerpunkte

Im Rahmen des Bewerbungsschreibens möchte ich drei Themen besonders herausheben und meine Ideen vorstellen.

1. (Aus-)Bildung

Mit diesem Thema habe ich tagtäglich zu tun und befasse mich damit seit Jahren. Als Gymnasiallehrer, der momentan in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München (Referat für Bildung und Sport - Geschäftsbereich Berufliche Schulen) tätig ist, erhalte ich einen tiefen Einblick in den Bereich der (Aus-)Bildung. Ich möchte einige Aspekte herausgreifen, die von Bedeutung sind:

Bildung als Basis für die Zukunft:

Bildung ist und bleibt der zentrale Faktor für eine erfolgreiche Zukunft künftiger Generationen, für eine gelingende Integration, Inklusion und für Chancengleichheit, unabhängig von der sozialen Herkunft. Die Pandemie zeigt uns dahingehend massive Missstände auf: Kinder und Jugendliche, die keine technische Ausstattung oder eine langsame Internetverbindung zuhause haben, werden abgehängt. Kinder und Jugendliche, deren Eltern kein Homeoffice machen können, werden benachteiligt. Kinder und Jugendliche, die nicht von ihren Eltern unterstützt werden können, verlieren den Anschluss. Es gibt Kinder, die in der zweiten Klasse sind und ihre Mitschüler*innen kaum gesehen haben. Auf diese und weitere Probleme müssen gerade wir als Sozialdemokrat*innen Antworten finden.

Deshalb brauchen wir umgehend langfristige Konzepte, wie an Schulen die Folgen der Pandemie aufgearbeitet werden können. Diesbezüglich wird sich auch der Bund engagieren und zusammen mit den Ländern tragfähige Ideen ausarbeiten müssen. Mit ein paar Stunden Nachhilfe und dem Wiederholen der Inhalte wird es nicht getan sein, es geht genauso um die Entwicklung der Sozial- und der Selbstkompetenz.

Bildungspolitik muss Sache des Bundes werden:

Diese Forderung ist sicherlich nicht neu. Es gibt gute Argumente dafür und dagegen, dass die Länder die Bildungshoheit in Deutschland haben. Die Pandemie zeigt meines Erachtens, dass dies nicht mehr zeitgemäß ist.

Jedes Bundesland geht seinen Weg, es besteht ein Wirrwarr an unterschiedlichsten Regelungen. Die Länder haben eigene (mehr oder weniger funktionierende) Lernplattformen, 16 Kultusministerien sorgen für verschiedene Vorgehensweisen in ihrem Bundesland. Ein irrer bürokratischer Aufwand existiert, der für die Bürger*innen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Seit Jahren wird darüber gesprochen, dass ein bayerisches Abitur eine höhere Wertigkeit als eines aus manch anderen Gebieten Deutschlands hat. Es wäre dringend geboten, dass die Kultusminister*innen deutschlandweit für ein international wettbewerbsfähiges Niveau bei den jeweiligen Abschlüssen und für eine Angleichung der Inhalte sorgen. Der Schulwechsel der Kinder oder ein Wechsel des Arbeitsplatzes bei Lehrkräften wäre somit ebenfalls problemlos möglich.

Wahrnehmung der Beruflichen Bildung:

Auf das duale Ausbildungssystem sind wir in Deutschland zu Recht stolz. In der öffentlichen Debatte findet die berufliche Bildung trotzdem kaum Platz. Dabei sollte vor allem die SPD ein starkes Interesse daran haben, dass Betriebe für ausreichend Nachwuchs z.B. im Handwerk oder der Industrie sorgen. Die berufliche Bildung hat komplett andere Anforderungen als die allgemeinbildenden Schulen, dem wird speziell in der Pandemie überhaupt nicht Rechnung getragen.

Betriebe von Auszubildenden haben seit Monaten geschlossen, die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen werden mit minimaler praktischer Erfahrung ins Berufsleben geschickt. Sie brauchen die Möglichkeit zu Nachqualifizierungen. Die Politik muss sich darum kümmern, dass auch Betriebe, die wirtschaftlich stark von der Pandemie betroffen sind, weiterhin Auszubildende einstellen können. Es bedarf hierfür mit den Vertreter*innen aller Branchen einen engen Austausch und die Einleitung von zielgerichteten Maßnahmen.

2. Familien

Da meine Partnerin drei Kinder in unterschiedlichen Altersstufen mit in unsere Beziehung gebracht hat, erlebe ich tagtäglich, vor welche Herausforderungen Familien, insbesondere bedingt durch die Pandemie, gestellt sind. Hierbei sehe ich konkreten Verbesserungsbedarf in diesen Bereichen:

Verlässlichkeit bei der Einführung von Regelungen:

Die momentanen Regelungen sorgen dafür, dass Eltern und Kinder erst am Ende der einen Woche planen können, wie die neue Woche aussehen wird. Ist das Kind komplett daheim oder doch zwei bis drei Tage in der Schule? Kann ein Platz in der Notbetreuung genutzt werden oder ist die Einrichtung kurzfristig geschlossen? Wird womöglich die geltende Regelung nächste Woche verändert? Familien und Kindern wird eine Menge abverlangt. Je kleiner der Nachwuchs, desto schwieriger ist es, eine Erklärung für das Vorgehen zu finden.

Vielen Eltern fehlt eine verlässliche Perspektive - und das seit Monaten. Wird wirklich alles getan für den Gesundheitsschutz in Kindergärten und Schulen? Ich bezweifle das. Der Bund muss die Länder unterstützen und schnelle Lösungen erarbeiten. Beim Gesundheitsschutz der Kinder darf nicht gespart werden. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit Kinder die Einrichtungen besuchen können und für sie und die Lehrkräfte, Erzieher*innen etc. das Ansteckungsrisiko auf ein Minimum reduziert wird. Entsprechende Konzepte wurden an Universitäten entwickelt.

Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen mehr in den Fokus nehmen:

Kinder und Jugendliche sind große Verlierer der Pandemie. Sie haben aktuell mehr als ein Jahr hinter sich, in denen sie massiv eingeschränkt wurden: kein Kindergeburtstag mit Freund*innen, keine Treffen in Kinos, keine Betätigung in Vereinen, keine Abschlussfeier am Ende der Schulzeit, um ein paar Beispiele zu nennen. Während den Erwachsenen oft die Wahl bleibt, ob sie lieber im Homeoffice arbeiten oder doch ein paar Kolleg*innen im Büro begegnen wollen, haben Kinder und Jugendliche keine Wahl und anscheinend keinerlei Lobby. Wirbürden ihnen sehr viel auf. Dies geht so weit, dass Erstklässler*innen den Corona-Selbsttest in der Schule eigenständig durchführen müssen. Wir brauchen umgehend altersgemäße Maßnahmen, um das soziale Miteinander der Kinder und Jugendlichen in Präsenz möglich zu machen.

Ein weiteres Beispiel: Bei einem Schulwechsel kennen Kinder und Jugendliche ihre Mitschüler*innen und Lehrkräfte ausschließlich von den kleinen Kacheln in Videokonferenzen. Das Entstehen von Freundschaften ist so nahezu unmöglich. Der Bund muss Länder und Kommunen (finanziell) unterstützen, damit Schulen, Freizeitstätten, Familienbegegnungsstätten etc. umgehend - wie oben erwähnt - so technisch ausgestattet werden, dass eine Ansteckungsgefahr minimiert wird und eine Öffnung erfolgen kann. Weitere Ideen sind selbstverständlich notwendig.

Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten:

Perspektivisch brauchen wir für die „Zeit nach Corona“ eine Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten. Die Arbeitswelt wandelt sich, das Homeoffice erlebt einen Boom und wird nach der Pandemie deutlich häufiger genutzt werden als zuvor. Selbst wenn Kindergärten und Schulen wieder im Regelbetrieb besucht werden können, muss eine Betreuung bis zum Ende der Arbeitszeit der Eltern sichergestellt sein. Das bedeutet, dass der Beruf der Erzieher*innen aufgewertet werden muss und die Ganztagsangebote flächendeckend verpflichtend ausgeweitet werden müssen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - vor allem für Alleinerziehende - sollte uns Sozialdemokrat*innen am Herzen liegen.

3. Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung

Wenn wir zukünftig weiterhin in der Industrie, im Handel usw. eine internationale Rolle spielen wollen, benötigen wir eine ausgezeichnete digitale Infrastruktur. Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung stehen für mich dazu in enger Verbindung, weil eines davon auch „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ lautet. Im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit leite ich einen Arbeitskreis bei der Erstellung einer BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) - Konzeption für die Landeshauptstadt München. Insofern beschäftige ich mich sehr intensiv mit der Thematik.

Beschleunigung der Digitalisierung:

Im europäischen Vergleich hinkt Deutschland vor allem den skandinavischen Ländern bei der Versorgung mit schnellem Internet hinterher. Die Pandemie zeigt uns schonungslos die Versäumnisse der Vergangenheit auf. Ein leistungsfähiger Internetanschluss ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe aller Generationen

an einem gesellschaftlichen Miteinander. Dieses spielt sich freilich nicht einzig und allein in der digitalen Welt ab, doch die Arbeit, das Lernen und die Teilnahme an Freizeitangeboten erfolgt immer mehr (und speziell in der Pandemie) über das Internet.

Der Wandel in der Arbeitswelt samt neuen Modellen (u.a. Homeoffice, zunehmende Vernetzung, Videokonferenzen, Nutzung von Clouds) erfordert Zugang zum Glasfasernetz.

Im Landkreis München ist der Breitbandausbau im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands recht weit vorangeschritten, dennoch gibt es noch einige Lücken in der Versorgung. Diese gilt es so schnell wie möglich zu schließen.

Ergänzend sei angemerkt: Der „Digitalpakt Schule“ (2018 im Bundestag beschlossen) ist ein sehr guter Ansatz, die Bildungseinrichtungen deutschlandweit digital aufzustellen, aber das Vorhaben krankt u.a. an bürokratischen Hürden bei der Antragstellung. Hier muss dringend nachgesteuert werden, in der Corona-Pandemie sind Lösungen notwendig, die vor Ort schnelle Hilfe garantieren.

Nachhaltige Entwicklung ist mehr als Klima- und Umweltschutz:

Die FridaysForFuture-Bewegung hat bei ihren Kundgebungen den dringenden Handlungsbedarf in Sachen nachhaltiger Entwicklung aufgezeigt. Bereits 2015 wurde die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet. Unter den 17 Zielen (Sustainable Development Goals) sind beispielsweise Geschlechtergleichheit, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, keine Armut und selbstverständlich auch Maßnahmen zum Klimaschutz. In der Zwischenzeit wurden viele Unterziele und Maßnahmen erarbeitet, zum Beispiel im Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. Diese Arbeit ist wichtig und trägt mit Sicherheit dazu bei, dass wir einen Fortschritt erzielen können. Essenziell erscheint mir jedoch das Mitnehmen der Bürger*innen. Denn ohne das aktive und letztlich intrinsische Handeln der Menschen sind all die schönen Konzepte wertlos. Es liegt noch viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit vor uns.

Nachhaltige Konzepte unter Einbindung aller Beteiligten:

Diese Ziele können nur dann erreicht werden, wenn die Politik ins Gespräch mit Gewerkschaften, Arbeitnehmer*innen, Unternehmer*innen, Universitäten etc. kommt. Manche Branchen sind bereits sehr zukunftsfähig, andere werden Unterstützungshilfen benötigen, um eine Transformation zu vollziehen. Der Wandel bringt Sorgen bei den Menschen mit sich: Wird mein Arbeitsplatz in den nächsten Jahren weiter bestehen? Wie könnte eine Anschlussperspektive aussehen? Die Politik muss sich diesen Herausforderungen stellen und den Prozess hin zu einer nachhaltigen Zukunft moderieren, forcieren und unterstützen.

Das Ziel einer Klimaneutralität ist schnell ausgerufen und selbstverständlich sehr zu unterstützen. Es wird aber nicht zu verwirklichen sein, wenn nicht in jedem Bereich die Menschen eingebunden werden. Wie kann ein Handwerksbetrieb seinen Beitrag leisten? Welche Unterstützungsangebote braucht er hierzu, um weiterhin schwarze Zahlen zu schreiben und seine Mitarbeiter*innen beschäftigen zu können? Auf diese Fragen brauchen wir Antworten, wenn wir es ernst meinen mit der Umsetzung der Ziele im Bereich der nachhaltigen Entwicklung.

Wir müssen die Bürger*innen deutlich stärker aufklären. Konzepte sind wichtig und es gibt vielversprechende Grundlagen. Solange es uns nicht gelingt, einen Großteil der Menschen zum Handeln zu bewegen, werden Ideen entwickelt, die nicht gelebt werden. Doch gerade darauf kommt es bei der Umsetzung der Agenda 2030 an. Die Ziele müssen mit Leben gefüllt werden, das muss hohe Priorität haben.

Fahrplan für die „Zeit nach Corona“

Abschließend möchte ich auf **fünf Punkte** hinweisen, die Teil eines Fahrplans sein könnten, den wir dringend bereits jetzt für die „Zeit nach Corona“ erarbeiten müssen:

1. **Gesundheitssektor stärken:** Faire Bezahlung (insbesondere in der Pflege); faire Regelung der Arbeitszeiten; Ausstattung auf der Höhe der Zeit in Heimen und Krankenhäusern; Sicherung der Herstellung von medizinischen Produkten in der EU

2. **Verwaltung vereinfachen:** Überprüfung der Abläufe; Abbau unnötiger Bürokratie; Beschleunigung von Prozessen

3. **Zuständigkeit von Bund und Ländern (in Ausnahmesituationen) überdenken:** Bündelung von Kompetenzen; Abbau von Zwischenebenen; klare Zuständigkeiten

4. **Förderprogramme für die Wirtschaft:** Staat als Auftraggeber; Überführung diverser Branchen in eine nachhaltige Zukunft; zuverlässige Unterstützung in der Corona-Pandemie

5. **Förderprogramme für das gesellschaftliche Miteinander:** Einbindung von Vereinen und kulturellen Einrichtungen, um den sozialen Austausch wieder zu fördern; spezielle Angebote für Kinder/Jugendliche, Familien und ältere Mitbürger*innen; zuverlässige Unterstützung in der Corona-Pandemie für Künstler*innen usw.

Insgesamt liegt viel Arbeit vor uns. Ich würde gerne einen Beitrag leisten, damit u.a. die von mir skizzierten Themen vorangebracht werden. Diese weltweite Pandemie muss der Wendepunkt werden, um endlich proaktiv die kommenden noch größeren Herausforderungen zu meistern.

Packen wir es gemeinsam an!

Lebenslauf

15.09.1989	Geburt in Nürnberg
2008	Abitur am Richard-Wagner-Gymnasium in Bayreuth
2008-2015	Studium an der Universität Bayreuth: Lehramt Gymnasium Deutsch/Geschichte (Abschluss: Erstes Staatsexamen)
2009-heute	Tätigkeit als selbstständiger Moderator / Reporter (v.a. Radio / (Sport-)Veranstaltungen)
2015-2017	Referendariat (Abschluss: Zweites Staatsexamen)
2017/18	Lehrkraft am Städtischen Beruflichen Schulzentrum am Elisabethplatz in München
seit 2018	Pädagogischer Mitarbeiter im Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München im Geschäftsbereich Berufliche Schulen
aktuell	Vorübergehender Einsatz beim Contact Tracing der Landeshauptstadt München aufgrund der Corona-Pandemie

Persönliches

Familienstand:	Partnerin und 3 Patchworkkinder (14, 8 und 3 Jahre alt)
Hobbies:	Radfahren, Wandern, Lesen, Jogging
Motto für den anstehenden Wahlkampf:	„Das langfristig Notwendige im Blick haben.“ Helmut Schmidt in seinem Buch <i>Was ich noch sagen wollte</i> , 2015

Stationen in der SPD

seit 2004	Mitglied in der SPD
2008-2012	Juso-Vorsitzender in Bayreuth
2008	Kandidatur für den Stadtrat in Bayreuth (als jüngster Bewerber aller Parteien)
2011-2015	Ortsvereinsvorsitzender der SPD Bayreuth-Hammerstatt
seit 2019	Ortsvereinsvorsitzender der SPD Oberschleißheim
2020	Kandidatur für den Gemeinderat in Oberschleißheim

Kontakt

Mail: maximilian.weiss@spd-oberschleissheim.de